

Wahlaussage
zur Bürgerschaftswahl 1987
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-1136
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-127

**Wahlaussage zur
Hamburger Bürgerschaftswahl
am 17. Mai 1987**

Überblick

1. Um was geht es? Die Bedeutung der Hamburg-Wahl	3
2. Das Programm der F.D.P.: liberal	3
3. Wirtschaftspolitik: Senkung der Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Wirtschaft	4
4. Neue Technologien: Den Fortschritt mitgestalten	6
5. Finanzpolitik: Abbau von Hamburgs Schuldenberg	6
6. Hamburgs Hafen: Vorsorge, Entwicklung und Sicherheit	8
7. Verkehr: Verbesserung nicht auf Kosten der Umwelt	9
8. Umweltschutz: Der Herausforderung begegnen	9
9. Stadtentwicklung: Stadtgestalt - Selbstfindung zwischen Tradition und Moderne	11
10. Wohnungspolitik: Hilfe für die Schwachen, aber keine Gießkanne für die Starken	12
11. Sozial- und Jugendpolitik: Moderner Liberalismus ist sozialer Liberalismus	13
12. Frau und Gesellschaft: Gleichberechtigung jetzt	15
13. Bildungspolitik: Allgemeine Ziele	15
14. Schule: Für junge Menschen, nicht für verstaubte Ideologien	16
15. Wissenschaft und Hochschulen: Abbau des Bürokratismus	17
16. Liberale Kulturpolitik: Mehr künstlerische Freiheit zurückgewinnen	18
17. Minderheiten: Mitbürger unserer Stadt	20
18. Bürger und Staat: Freiheitsräume bewahren und ausbauen, demokratische Mitsprache vergrößern	21
19. Sport: Ohne staatliche Bevormundung	22
20. Medienpolitik: Schluß mit der staatlichen Bevormundung	22
21. Innere Sicherheit: Mehr Vertrauen schaffen	23
22. Justiz: Überlastung verringern	24
23. Bezirke: Verantwortung stärken	24
24. Hamburg und sein Umland: Statt Konfrontation mehr Kooperation	25



1. Um was geht es?
Die Bedeutung der Hamburg-Wahl

Hamburg hat eine lange Tradition als liberale, weltoffene Stadt. Der Wagemut ihrer Kaufleute und der Fleiß der Bürger, von pragmatischen Politikern gut regiert und von kompetenten Beamten gut verwaltet, haben die Stadt im Laufe ihrer Geschichte zu dem werden lassen, was sie heute ist, eine der reichsten Regionen in Europa. Über Jahrhunderte hinweg war es sehr angenehm, in dieser Stadt zu leben und zu wohnen.

Fast ein Jahrzehnt SPD-Alleinregierung hat genügt, das Bild dieser Stadt zu verändern. Wer heute von Hamburg spricht, denkt nicht mehr an Liberalität und Weltoffenheit, eher an Dogmatismus und Bürokratismus. Die einst effektive Verwaltung hat sich zu einem bürokratischen Ausführungsorgan der Parteiideologen gewandelt. Der oft beklagte Auszug von Hamburger Bürgern und Betrieben ins Umland ist auch eine Flucht vor Enge und Engstirnigkeit der Verwaltung. Es läßt sich nicht verleugnen: Hamburg stagniert!

Am 17. Mai 1987 findet erneut die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft statt. Die Hamburger Bürger können entscheiden, ob die Fehlentwicklung so weitergehen soll. Die F.D.P. ist für die Wende zum Besseren, auch in Hamburg. Wie wir sie erreichen wollen, sagen wir in unserem liberalen Programm.

2. Das Programm der F.D.P.: liberal

Wir - die Liberalen - setzen gegen alle Katastrophenfurcht und Zukunftsängste auf das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie, friedliche und sozial gerechte Welt zu gestalten. Liberalismus: das heißt, den Menschen in den Mittelpunkt von Staat und Gesellschaft zu stellen; die Entfaltung des Menschen zu fördern, anstatt ihn zu gängeln; den Menschen in seinen Fähigkeiten, Ideen und Initiativen zu stärken, anstatt ihn zum Bittsteller bei staatlichen Ämtern zu machen.

Neben der Eigenverantwortung des einzelnen Menschen steht die Verantwortung des Staates für die wirklichen Bedürftigen und in Not Geratenen, soweit sie ihre Probleme nicht selbst oder mit Hilfe ihrer Familie oder anderer nichtstaatlicher Gruppen bewältigen können. Liberalismus ist heute sozialer Liberalismus: Alle Menschen haben ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz.

Hilfe in sozialen Notlagen erfordert nicht nur menschliche Zuwendung, sondern auch erhebliche finanzielle Mittel. Eine menschliche Sozialpolitik setzt deshalb die Erwirtschaftung dieser Mittel durch eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik voraus.

3. Wirtschaftspolitik: Senkung der Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Wirtschaft

Vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik muß es sein, die extrem hohe Arbeitslosigkeit in Hamburg zu bekämpfen. Das Ergebnis fast 10-jähriger sozialdemokratischer Alleinregierung im Hamburger Rathaus ist ein trauriger Rekord: Im März 1987 waren 13,8 Prozent (das sind 100.000 Bürgerinnen und Bürger) der Erwerbstätigen in unserer Stadt arbeitslos. Nur in Bremen ist die Arbeitslosenrate noch höher. Während die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt in den Jahren der CDU/F.D.P.-Koalition stagnierte, stieg sie in Hamburg noch von 10,2 auf 12,6 Prozent. Wesentliche Ursachen sind von der SPD nicht rechtzeitig erkannte und bekämpfte Strukturprobleme und ein zu geringes Wirtschaftswachstum in Hamburg.

Die sehr hohe Arbeitslosigkeit in Hamburg hat nicht ihren Grund darin, daß Arbeiter, Angestellte und Unternehmer in unserer Stadt weniger tüchtig, fleißig und wagemutig sind als in anderen Städten. Ein wesentlicher Grund für die Schwierigkeiten liegt vielmehr darin, daß Hamburgs SPD-Regierung das Vertrauen der Wirtschaft in die staatliche Politik zerstört hat. Wirtschaftliche Tätigkeit setzt Vertrauen in die staatlichen Rahmenbedingungen und deren Beständigkeit voraus. Ohne dieses Vertrauen gehen unternehmerisches Handeln, privatwirtschaftliche Investitionen und damit auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze an Hamburg vorbei. Wenn die Wirtschaft aus diesen Gründen Hamburg links liegen läßt, haben alle Bürger dieser Stadt und des Umlandes den Schaden davon.

Der Senat hat eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik behindert und sogar den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum geleugnet. Wegen dieser Politik sind zahlreiche Betriebe aus Hamburg ins Umland abgewandert. Diese Entwicklung muß umgekehrt werden.

Wirtschaftsbetriebe können es sich in einer Zeit harten, insbesondere auch internationalen Wettbewerbs nicht leisten, auf der Stelle zu treten. Entscheidungen von Politik und Verwaltung, die Einfluß auf wirtschaftliche Tätigkeit haben, müssen deshalb schnell und unbürokratisch getroffen werden: Staatliche Entscheidungen, die über Monate und Jahre hin verschleppt werden, können - weil sie die unternehmerischen Entscheidungen lähmen, oft schlimmer sein als abschlägige Entscheidungen.

Anzustreben ist eine gedeihliche Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer, damit das gemeinsame Hauptproblem Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden kann. Als Metropole Norddeutschlands muß Hamburg kooperativ auf die Nachbarländer zugehen, um das Konkurrenzdenken zu überwinden.

Wirtschaftliche Tätigkeit in der für Hamburg besonders wichtigen Form der Ansiedlung neuer oder der Erweiterung bereits bestehender Betriebe benötigt Grundstücke. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe Hamburger Wirtschaftspolitik: Hamburg muß durch eine entsprechende Bauleitplanung dafür sorgen, daß auch private Grundstücke für wirtschaftliche Tätigkeit genutzt werden können; Hamburg muß aber auch seine eigenen Grundstücke für eine Ansiedlungspolitik für neue Betriebe wie auch für Erweiterungen und Verlagerungen bestehender Betriebe systematisch einsetzen. Dabei darf es nicht vorrangig um Großerschließungen für Fälle von Großansiedlern gehen, sondern vor allem um kleine und mittelgroße

Grundstücke für entsprechende Betriebe aus Industrie, Handwerk, Handel und dem Dienstleistungsbereich. Notwendig ist in jedem Fall eine Bestandsaufnahme vorhandener Grundstücke, auch solcher, die bisher nicht gewerblich genutzt aber für eine solche Nutzung geeignet sind.

Gerade die vielen kleinen und mittelgroßen Handwerksbetriebe, die selten Schlagzeilen machen, verdienen besondere Beachtung. Die kleinen Betriebe, aber nicht nur sie, leiden erheblich unter den Steuerbelastungen. Die F.D.P. fordert seit langem die Herabsetzung der Gewerbesteuer, die in Hamburg extrem hoch ist.

Im Zusammenhang mit der größeren Flexibilisierung der Bundesrechtslage des Ladenschlußgesetzes setzt sich die F.D.P. Hamburg für die Beibehaltung des "Langen Samstag" auch im Sommer ein und fordert, daß Hamburg seine Stellung als Einkaufsmetropole ausbaut und als ersten Schritt dazu die Möglichkeit nutzt, an zwölf Tagen im Jahr den Geschäften die Öffnung auch am Abend zu ermöglichen. Der Dienstleistungsabend für Einzelhandel, Banken, Versicherungen wie selbstverständlich auch Behörden ist unverzüglich einzuführen.

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und arbeitslose Jugendliche stellen ein besonderes Problem dar, da vielen jungen Menschen schon der Einstieg in die Arbeitswelt nicht möglich ist. Die Arbeitslosigkeit trifft die jungen Menschen in einer entscheidenden Entwicklungsphase, weil das Hineinwachsen in die Berufs- und Arbeitswelt positive Auswirkungen auf ihre Persönlichkeit hat. Eine Verweigerung des Zugangs zur Arbeit führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls.

Die F.D.P. empfiehlt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit folgende Maßnahmen:

- die Doppelbesetzung von dazu geeigneten Ausbildungsplätzen unter Mitwirkung der Berufsschulen,
- die verstärkte Ausbildung im öffentlichen Dienst dort, wo Qualifikationen vermittelt werden, die auch außerhalb der Behörde verwertbar sind, sowie dort, wo durch Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen eine spätere Übernahme ohne Neuschaffung von Planstellen ermöglicht werden kann,
- die Förderung der Teilzeitbeschäftigung in Kombination mit Fortbildungsangeboten,
- Ausbildungsverbünde, in denen mehrere Kleinbetriebe gemeinsam einen Ausbildungsplatz stellen, müssen gefördert werden. Jedem arbeitslosen Jugendlichen sollte die Möglichkeit gegeben werden, an zukunftsorientierten Fortbildungsprogrammen teilzunehmen, um seine Chancen auf einen Dauerarbeitsplatz zu erhöhen.

Hamburg muß Außenhandelszentrum der Bundesrepublik bleiben. Dies erfordert weitere intensive Kontaktpflege zu den Ländern der Dritten Welt, zu den Staaten Ost- und Südasiens und den RGW-Staaten. Hamburg muß aber mehr als bisher Brücke nach Skandinavien werden. Die Wirtschaft unserer Stadt, insbesondere ihr Hafen, leidet unter den Standortnachteilen gegenüber den Rheinmündungshäfen. Doch während Bürgermeister und Wirtschaftssenator über Hamburgs Nachteile lamentieren, verschläft die Stadt die Chancen, die im Skandinavienhandel liegen. 50 Prozent dieses

Handels werden über Rostock abgewickelt. Wie mit einer 'Politik der Elbe' in den Jahren nach 1953 muß Hamburg mit einer 'Politik des Nordens' versuchen, die Nachteile seiner Lage am Rande der Europäischen Gemeinschaft zu überwinden.

4. Neue Technologien: Den Fortschritt mitgestalten

Hamburg muß auch verstärkt die Rahmenbedingungen schaffen, um die Einführung, Anwendung und die Prägung der neuen Technologien zu ermöglichen. Moderne Technologien bieten eine Vielzahl von Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten für die Gesellschaft und ermöglichen eine Verbesserung der menschlichen Arbeitsleistung. Damit verbunden sind jedoch auch gewisse Risiken und weitreichende Veränderungen der Arbeitswelt und der Gesellschaft. Wir wollen sowohl die Chancen wie auch die Probleme durch eine aktive liberale Politik mitgestalten, um eine sinnvolle Nutzung neuer Technologien in Interesse der Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu muß Hamburg die Ansiedlung moderner, zukunftsweisender Unternehmen fördern und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Anwendern durch gemeinsame Institute und zusätzliche Kontaktmöglichkeiten verbessern. Nun kommt es darauf an, durch Beratung, Schaffung von Technikzentren und Gewährung von Risikokapital - möglichst auf privatwirtschaftlicher Grundlage - ideenreiche, wagemutige Unternehmer zu finden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Bildungskapazitäten zu neuen Technologien müssen ausgebaut werden: durch eine verstärkte Förderung entsprechender Studiengänge, durch eine verbesserte Aus- und Weiterbildung für zukunftsweisende Berufe und nicht zuletzt durch die Integration der neuen Technologien in den Schulunterricht.

Um mögliche Probleme frühzeitig erkennen und verhindern zu können, sollten Untersuchungen zur Folgenabschätzung, also der Auswirkungen neuer Technologien auf die Arbeitsplatzqualifikation und die gesellschaftlichen Veränderungen vorgenommen und von staatlicher Seite unterstützt werden.

Auch auf dem Gebiet der Neuen Medien muß Hamburg von seiner abwehrenden in eine vorwärts drängende Haltung umschalten. Der Medienplatz Hamburg muß bei der Nutzung Neuer Medien für die Wirtschaft eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn er seinem Anspruch gerecht werden will. Eine Satellitenempfangsstation sollte in Hamburg als Zentrum dieser Wirtschaftsregion unverzüglich errichtet werden.

5. Finanzpolitik: Abbau von Hamburgs Schuldenberg

Mit dem immer tieferen Griff in die Taschen seiner Bürger hat der Senat vergeblich versucht, die zerrüttete Finanzlage Hamburgs in den Griff zu bekommen. Hamburgs höchster Berg ist der Schuldenberg. Die Höhe der Schulden Hamburgs beläuft sich zur Zeit auf ca. 17 Milliarden DM. Jede sechste Mark aus Hamburgs Einkünften muß für die Bezahlung der Schuldzinsen ausgegeben werden; dieses Geld fehlt der Stadt für wichtige und auch beschäftigungswirksame Aufgaben. Wegen der vom Senat Anfang der Achtziger Jahre zur

Finanzierung eines aufgeblähten Betriebshaushaltes getätigten hohen Kreditaufnahmen werden die Ausgaben für Zinsen und Tilgungen noch weiter ansteigen. Soll die Schuldenspirale nicht jeden Handlungsspielraum erdrücken, muß die Verschuldung Hamburgs drastisch verringert werden.

Die Schuld für die finanzielle Misere der Hansestadt liegt dabei nicht erstrangig in der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland wie zum Beispiel beim Länderfinanzausgleich, sondern vor allem an der verfehlten Ausgabenpolitik des Senates.

Angesichts der Notlage des Hamburger Haushaltes sollte von der Möglichkeit des Verkaufs von Staatsvermögen Gebrauch gemacht werden; die Verkaufserlöse sollten vor allem zum Abbau der Schulden und - in jeweils kleinen Einheiten - zur Teilfinanzierung neuer Zukunftsinvestitionen, insbesondere im Bereich zukunftsträchtiger Technologien, eingesetzt werden sollten. Für den Verkauf kommen insbesondere in Betracht:

- Grundstücke, auch unter Einschluß bereits in Erbbaurecht vergebener Grundstücke (an die Erbbauberechtigten),
- große Teile des Wohnungsbestandes der SAGA und der gewerblich vermieteten Gebäude der Sprinkenhof AG,
- Anteile der Hamburgischen Landesbank,
- Anteile der Hamburgischen Electricitätswerke,
- die privatwirtschaftlich tätigen Töchter der Hamburger Hochbahn AG (Jasper-Reisen, Dau-Reisen, Reisebüros).

Die Sanierung des Haushalts ist allerdings über Vermögensveräußerungen nur zu einem kleinen Teil möglich. Vorrangig muß eine Schuldenverringerung durch eine Ausgabenreduzierung erfolgen.

Eine Gesundung der hamburgischen Staatsfinanzen setzt einschneidende und schmerzhaft Einschnitte in den Personalkosten der hamburgischen Verwaltung voraus. Trotz sinkender Einwohnerzahlen ist die Zahl der in der Verwaltung Tätigen von der Mitte der Siebziger Jahre an bis vor kurzem ständig ausgeweitet worden. Immer weniger Bürger (Steuerzahler) haben immer mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst finanzieren müssen. Über 45 Prozent des hamburgischen Staatshaushaltes werden von den Personalkosten der hamburgischen Verwaltung verschlungen.

Dieser Entwicklung kann nicht mehr mit Trippelschritten Einhalt geboten werden, sondern Hamburg muß deutlich mehr als bisher Personalkosten einsparen. Dies ist durch die Ausnutzung der Fluktuation, durch eine wesentlich verbesserte Flexibilität bei Teilzeitarbeit in allen Spielarten und durch den Abbau von staatlichen Leistungen auch erreichbar, ohne daß Entlassungen nötig wären.

Verringert werden muß die Zahl der Senatoren und Staatsräte. Ein Abbau muß auch in Stäben, Präsidialabteilungen und ähnlichem vorgenommen werden.

Einschnitte in aufgeblähte bürokratische Apparate haben nicht nur einen Spareffekt, sondern dienen zugleich der in Hamburg ganz besonders notwendigen Entbürokratisierung. Dazu gehört eine Aus-

gliederung oder Privatisierung von Dienstleistungen, die nicht notwendig durch die öffentliche Verwaltung durchgeführt werden müssen (zum Beispiel: Kindertagesheime, Stadtreinigung).

Die Sach- und Fachausgaben unter Einschluß von Subventionen müssen weiter eingeschränkt werden. Hiervon sollen nach Auffassung der F.D.P. die Aufgaben der Kulturförderung ausgenommen werden, die wegen sträflicher Vernachlässigung in der Vergangenheit jetzt eher angehoben werden müssen. Eine durchgreifende Verbesserung der Haushaltslage ist schließlich nur möglich, wenn auch die staatlichen Investitionen zurückgenommen werden, um die zukünftigen Haushalte von Zins- und Tilgungsleistungen zu entlasten.

Langfristig darf auch der Investitionshaushalt nur in Teilen aus Krediten finanziert werden.

6. Hamburgs Hafen: Vorsorge, Entwicklung und Sicherheit

Hamburgs Hafen sichert trotz seiner geringer gewordenen Bedeutung für die hamburgische Wirtschaft immer noch etwa jeden zehnten Arbeitsplatz in unserer Stadt. Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Hafens und die Vorsorge für die kommenden Jahrzehnte bleibt deshalb eine wichtige Aufgabe hamburgischer Politik. Damit Hamburg den Anschluß an technische und organisatorische Entwicklungen im internationalen Hafenverkehr behält, müssen im Investitionsbereich neue Infrastrukturen bereitgestellt und ältere Hafenteile modernisiert werden. Ob ein aktueller Erweiterungsbedarf besteht, ist durch sorgfältige Detailuntersuchung zu klären.

Zur Erleichterung des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen gehört auch die Aufrechterhaltung der notwendigen Wassertiefe. Die erfolgsversprechenden Versuche an der TU Harburg zur Trennung der umweltschädlichen Schwermetalle aus dem Baggergut sind zu beschleunigen und möglichst bald industriell zu nutzen. Unabhängig davon bleibt die Vorsorge für die Baggergutunterbringung inner- und außerhalb Hamburgs eine für den Hafen lebenswichtige Aufgabe.

Im Bereich der Hafenvirtschaft ist eine Überprüfung der Stellung der staatseigenen Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG erforderlich. Es ist nicht einzusehen, warum die HHLA im Gegensatz zu den mit ihr konkurrierenden Privatunternehmen den Steuerzahler belastende Defizite erwirtschaftet und dabei noch unter Umständen andere Unternehmen gefährdet. Mittelfristig sollte eine Privatisierung von Teilen der HHLA angestrebt werden.

Der Sicherheit des Hafens ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Eine Gefährdung der Hamburger Bevölkerung durch Brände und Giftunfälle muß durch geeignete Sicherheitssysteme ausgeschlossen sein. Dazu gehört auch die Entwicklung eines größeren Bewußtseins für bestehende Gefahren bei den im Hafen arbeitenden Menschen.

Im nationalen und europäischen Bereich muß die Wettbewerbsbenachteiligung des Hamburger Hafens durch eine Liberalisierung des Hinterlandverkehrs (Transporttarife) beseitigt werden.

7. Verkehr: Verbesserung nicht auf Kosten der Umwelt

Ein leistungsfähiges und zugleich umweltverträgliches Verkehrsnetz ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Leben in einer Stadt. Der öffentliche Personennahverkehr, der private Bedarfsverkehr und der Wirtschaftsverkehr sind darauf angewiesen.

Wegen seiner größeren Umweltverträglichkeit ist der öffentliche Nahverkehr attraktiver als bisher zu gestalten, um die Entscheidung des Bürgers zugunsten dieses Verkehrsmittels zu unterstützen. Die Tarifgestaltung sollte aufgefächert werden; Sonderangebote nach dem in Freiburg und Basel erfolgreichen Modell der 'Umweltfahrkarte' sollte als zeitbegrenzter Versuch erprobt werden. Die Zubringersysteme zu U- und S-Bahnhaltestellen sollten durch ausreichenden Parkplatz (Park & Ride) und genügend Fahrradständer (Bike & Ride) verbessert werden.

Hamburg verfügt über ein im Wesentlichen leistungsfähiges Nahverkehrssystem. Ergänzungen des Schienennetzes sind nach Fertigstellung der Linien nach Niendorf-Nord und Mümmelmannsberg derzeit nicht mehr möglich, weil sie erhebliche einmalige und laufende Kostenbelastungen mit sich bringen würden. Zu prüfen ist, ob und in welchen Stadtbereichen durch Sonderspuren für Busse Verbesserungen zu erreichen sind.

Verbesserungen organisatorischer Art sind vor allem im Abendverkehr erforderlich. Die Abstimmung der Anschlüsse muß verbessert werden: Im Falle des Erfolgs des zur Zeit laufenden Modellversuchs eines Verkehrsverbundes mit Taxen in den Abendstunden ist ein solcher Verbund flächendeckend in Hamburg einzuführen.

Damit Hamburg bei Glatteis nicht zu einer Stadt ohne Verkehr wird, müssen die Hauptstraßen in solchen Ausnahmefällen auch mit Salz gestreut werden, um den Bus- und Wirtschaftsverkehr aufrechtzuerhalten.

Der Bau einer vierten Elbtunnel-Röhre muß beschleunigt werden. Die Anbindung des Flughafens an die A 7 ist unter Beachtung der Interessen der Anlieger und unter Erhaltung des Stadtbildes auszubauen. Den Bau des Autobahnstückchens A 26 von Moorburg bis Stade lehnt die F.D.P. ab. Die F.D.P. setzt sich für den umgehenden Bau einer Entlastungsstraße für Finkenwerder über das Spülfeld Blumensand und den Finkenwerder Westerdeich ein.

Die Option für den Bau eines Flughafens bei Kaltenkirchen muß aufrecht erhalten bleiben. Bis zu ihrer Ausübung notwendige Ausbesserungsmaßnahmen in Fuhlsbüttel sind zügig zu betreiben.

Die F.D.P. fordert die Verbesserung der Bundesbahnverbindung nach Norden: vordringlich ist die Elektrifizierung. Zwischen Berlin und Hamburg ist langfristig ein Intercity-Taktverkehr zu schaffen. Hamburg muß in diesem Sinne auf Bundesebene Initiativen ergreifen.

8. Umweltschutz: Der Herausforderung begegnen

Der Schutz der Umwelt hat in den vergangenen Jahren zu Recht einen immer höheren Rang in der politischen Diskussion erhalten.

Eine ganze Reihe von Giftmüllskandalen, gerade in Hamburg, fordert alle politischen Kräfte auf, die Mißstände zukunftsorientiert und mit Augenmaß anzupacken.

Umweltschutzbelange und Wirtschaftsinteressen brauchen sich nicht zu widersprechen; denn die Bewältigung der Umweltprobleme ist häufig nur mit Anwendung moderner Technik, nicht gegen diese möglich. Marktwirtschaftliche Kräfte können und müssen in den Dienst des Umweltschutzes gestellt werden. Das Vorsorgeprinzip ist konkret zu verwirklichen, das Verursacherprinzip konsequent umzusetzen - wo die Einsicht fehlt, auch gegen wirtschaftliche Interessen.

Bei allen Entwicklungs- und Baumaßnahmen sowie umweltrelevanten Produktionsprozessen muß eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen werden. Dabei sollen nicht nur die ökologischen Auswirkungen für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der Luftreinhaltung in Hamburg ist neben der laufenden Fortschreibung des Immissionskatasters eine strenge Kontrolle aller Großemittenten erforderlich. Ziel muß eine Entgiftung auf Werte entsprechend dem neuesten Stand der Technik sein.

Ein zu erstellendes Bodenschutzprogramm für Hamburg muß neben der Suche nach und Kartierung aller Altlasten deren schrittweise Sanierung zum Ziel haben. Zur Vermeidung zukünftiger Belastungen ist der Einsatz künstlicher Düngemittel in der Landwirtschaft zu beschränken, der Gebrauch von Insekten- und Pflanzengiften ist auf das unumgängliche Maß zu verringern. Im Bereich der Landwirtschaft sind Maßnahmen zu unterstützen, die Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion zu nehmen und sie dem Natur- und Umweltschutz auf freiwilliger Basis zur Verfügung zu stellen. Die extensive Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, insbesondere im Wassereinzugsgebiet, muß gefördert werden. Versiegelte Oberflächen sind möglichst zur Versickerung umzubauen.

Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung muß die Verschwendung von Trinkwasser deutlich abgebaut werden. Längerfristig sollte ein eigenes Brauchwassernetz im Rahmen des Möglichen aufgebaut werden und die Grundwasserentnahme und Trinkwasserver(sch)wendung für industrielle Zwecke schrittweise unterbunden werden.

Durch ein Gewässerschutzprogramm in Hamburg und Verhandlungen mit der DDR muß angestrebt werden, daß bis 1995 alle Gewässer in Hamburg die Güteklasse II erreichen und daß es wieder möglich ist, in Alster und Elbe zu baden. Schilfzonen sind zu rekultivieren; noch erhaltene Biotope (Moore) sind möglichst großflächig unter Naturschutz zu stellen. Auf wassersparende Maßnahmen ist mehr als bisher zu achten und hinzuweisen.

Um zum sparsameren Verbrauch von Wasser und Energie Anreize zu geben, werden die Grundgebühren soweit wie möglich zurückgenommen und stattdessen die verbrauchsabhängigen Gebühren heraufgesetzt.

Die Erstbesielung muß bis 1995 beendet werden. Haushaltsprobleme können dem nicht entgegenstehen, da die Grundeigentümer 90 Prozent der anfallenden Kosten zu tragen haben.

Im Bereich der Abfallbeseitigung sind die Müllverbrennungsanlagen zu modernisieren. Recycling-Maßnahmen sind zu fördern, z.B. durch

ein erweitertes Angebot an Altstoffcontainern für Altpapier, Weißblech und Kunststoffe. Vor allem im Bereich der Abfallvermeidung und -beseitigung, aber nicht nur hier, sollte die Öffentlichkeitsarbeit unter Zuhilfenahme von Presse und Rundfunk verstärkt werden. Der Bürger ist heute durchaus bereit, selbst am Umweltschutz mitzuwirken.

Umweltschutz ist auch Tierschutz. Sich für die Wiederbelebung und Erhaltung der Artenvielfalt im Tierreich einzusetzen, wird ebenso Aufgabe der Liberalen sein wie die Überprüfung der Praxis in der Massentierhaltung. Die Tierversuche sind durch eine restriktive Genehmigungspraxis und eine dafür einzusetzende unabhängige Kommission (Ethik-Kommission) bis auf ein nachweisbar notwendiges Minimum zu beschränken. Ein Tierversuchsregister ist einzuführen, um Doppel- und Mehrfachversuche zu verhindern.

9. Stadtentwicklung: Stadtgestalt - Selbstfindung zwischen Tradition und Moderne

Die Verwirklichung qualitätvoller Stadtgestaltung darf sich nicht auf Vorzeigegebiete beschränken, sondern muß gerade auch die Stadtteile umfassen, in denen viele Hamburger arbeiten und wohnen. Hier müssen, wie es zum Beispiel in Hammerbrook durch die grüne Mittelachse geschehen ist, bestehende Probleme in Gewerbegebieten so schnell wie möglich behoben werden.

Dies läßt sich manchmal mit wenig Mitteln, aber sorgfältigem Überlegen vor Beginn von großen Tiefbaumaßnahmen erreichen. Die Anordnung von Lichtmasten, Verkehrsinseln und Hinweisschildern, aber auch die Anlage von Industriebauten und technischen Bauwerken kann mit Sorgfalt und Aufmerksamkeit so gestaltet werden, daß ein qualitätvolles Stadtbild entsteht.

Hamburgs Liberale fordern, daß Hamburg grundsätzlich für alle größeren Bauten, die auf Grundstücken errichtet werden, die der Freien und Hansestadt Hamburg gehören, bzw. von ihr verkauft werden, öffentliche Architektenwettbewerbe ausgeschrieben werden. Gleiches gilt für Um- und Ausbauten im öffentlichen Raum, sei es die Gestaltung von Plätzen oder Straßen oder die Gestaltung von Parks.

Die von der F.D.P. geforderten Wettbewerbe sollten öffentlich diskutiert werden. Damit wird eine breite Beteiligung von Hamburgs Bürgern, mehr Bewußtsein für das Stadtbild Hamburgs und eine höhere Standortqualität für Hamburg erreicht.

Eine zukunftsweisende Aufgabe der Stadtentwicklung liegt in einer Verbesserung des Wohnumfeldes in den Wohnungsgroßbauprojekten der Sechziger und Siebziger Jahre. Dazu wird auch ein teilweiser Rückbau von Hochhäusern notwendig sein.

Für den Einzelnen muß sein Wohngebiet überschaubar sein; in seinem Wohnumfeld muß er seine Freizeit sinnvoll verbringen können. Das ist dadurch zu erreichen, daß die Bürger ihr 'Quartier' mitgestalten und sich damit identifizieren können. Konkrete Projekte: Bürger und Künstler schaffen in gemeinsamer Vorplanung und praktischer Durchführung für den Stadtteil charakteristische Objekte. Auf Bezirksebene wird ein 'Kulturnetz' geschaffen: Inter-

essierte Bürger können Informationen über Proben- und Übungsräume in ihrer Nähe erhalten oder Ensemblespielgelegenheiten.

Daneben wird sich die F.D.P. wie bisher für folgende stadtgestalterische Ziele einsetzen:

- die Pflege der Uferlandschaften an Binnen- und Außenalster mit ihren charakteristischen Silhouetten,
- die Gestaltung des nördlichen Elbufers vom Baumwall bis Teufelsbrück unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung,
- die Pflege und den Ausbau der Parks und Grünanlagen unter Einbeziehung aller Gewässer; keine zusätzliche Bebauung am Rothenbaum, sondern Errichtung eines grünen Sport- und Spielparks,
- die Erhaltung alter Bausubstanz über den Denkmalschutz hinaus, um die Besonderheiten von Häuserfronten, Straßenräumen und Stadtquartieren auch in Zukunft zu sichern,
- die vorläufige Begrünung des Domplatzes und weitere Diskussionen über Nutzung und Gestaltung unter Einschluß der Umgebung,
- die Neugestaltung der Reeperbahn.

10. Wohnungspolitik: Hilfe für die Schwachen, aber keine Gießkanne für die Starken

Kaum ein Sachbereich ist für den Menschen so wichtig wie seine Wohnung. Ein erzwungener Verlust der vertrauten Umgebung ist gerade bei älteren Mitbürgern oftmals eine Katastrophe.

Zur Behebung von Mißständen muß die Wohnungspolitik in Hamburg entscheidend reformiert werden. Wohnungsbaupolitik und Wohnungssozialpolitik müssen voneinander getrennt werden. Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus kann in Zukunft auf Sonderfälle beschränkt werden, zum Beispiel auf stadtentwicklungspolitische Aufgaben, die mit marktwirtschaftlichen Mechanismen allein nicht zu lösen sind.

Zahlreiche Mieter, deren Einkommen zwischenzeitlich gestiegen ist, leben nach wie vor in subventionierten Wohnungen. Diese Ungerechtigkeit will die von der früheren sozial-liberalen Bundesregierung beschlossene Fehlbelegungsabgabe beseitigen; jedoch verweigert die in Hamburg regierende SPD die Erhebung dieser Fehlbelegungsabgabe.

Die Subventionskürzung bei Fehlförderung ist zu ersetzen durch die Einführung der gesetzlichen Fehlbelegungsabgabe, um die Ungerechtigkeit im Mietenniveau endlich zu verringern. Die finanziellen Mittel, die aus der Fehlbelegungsabgabe erlöst werden, könnten gegebenenfalls in Form von Zusatzwohngeldzahlungen an besonders Bedürftige gegeben werden. Eine Wohnungssozialpolitik mit individuellen Wohngeldzahlungen sichert eine ausreichende Wohnraumversorgung für einkommensschwache Bevölkerungskreise und ersetzt die starre bisherige Objektförderung im Wohnungsbau durch

eine den Einkommensverhältnissen des Mieters entsprechende Subjektförderung.

Die Eigenheimförderungspolitik, die vor zehn Jahren von der F.D.P. begonnen wurde, muß weitergeführt werden. Dafür müssen staatliche Grundstücke zu Preisen an der unteren Grenze des Verkehrswertes bereitgestellt werden.

Möglichkeiten zur Eigentumsbildung ergeben sich auch, wenn öffentlich geförderter Wohnraum an die Mieter verkauft wird. In diesem Zusammenhang sollte die Durchführungsverordnung zum Gemeinnützigkeitsrecht dahingehend geändert werden, daß der Verkauf von Wohnraum erst nach Ablauf des Status 'öffentlich gefördert' und nur bis zum Verkehrswert begrenzt auf den Wiederbeschaffungswert möglich wird.

11. Sozial- und Jugendpolitik: Moderner Liberalismus ist sozialer Liberalismus

Die eigene Freiheit kann nur erhalten werden, wenn die Freiheit des Nächsten gleichermaßen gesichert ist. Dafür ist ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit nötig, die für Behinderte und Benachteiligte gesellschaftlich gesichert werden muß. Vorrang hat dabei für Liberale die Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen dem Einzelnen helfen und nicht bürokratisierte Organisationen am Leben erhalten.

In den Vordergrund staatlicher Sozialpolitik muß mehr und mehr die Sorge um unsere älteren Mitbürger treten, da ihr Anteil an der Bevölkerung immer größer werden wird. Es gilt, ihren Lebensabend mit einem Maximum an Lebensqualität und einem Minimum an Bürokratie zu sichern. Alte Menschen sollten möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung und unter Umständen leben, die ihren in Jahrzehnten gewachsenen Gewohnheiten entsprechen. Die Heimunterbringung kann dies in aller Regel nicht gewährleisten und darf daher nicht der Regel- sondern der Ausnahmefall sein. Alle Maßnahmen, die das Verbleiben in der Familie, das Leben als Einzelner oder in kleinen Gemeinschaften erleichtern, sind daher zu fördern. Hierzu zählen mobile Betreuungsdienste, Altenwohnanlagen mit Pflegestationen, Altenhotels für die zeitweilige Unterbringung und ähnliches.

Für die staatlichen Alten- und Pflegeheime strebt die F.D.P. einen Abbau der Belegung von Zimmern mit mehr als drei Betten und die freie Arztwahl für die Bewohner an.

Kinder und Jugendliche werden immer mehr in den Hintergrund gedrängt, die Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten immer mehr eingeengt. Kinder und Jugendliche begegnen hier, obwohl sie Anspruch darauf haben, keiner ihnen gerechten Umwelt, da die Planung der Erwachsenen immer noch an ihren Bedürfnissen vorbeigeht. Im Rahmen der Sparmaßnahmen werden sogar die bereits vorhandenen Spielplätze, Begegnungsstätten, Jugendhäuser und Sportanlagen eingeschränkt, obwohl Ausgaben hierfür besonders sinnvolle Zukunftsinvestitionen sein werden.

Deshalb muß bei allen Planungen noch mehr Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aller Natio-

nalitäten genommen werden.

Die F.D.P. hält daher für notwendig:

- bei der Stadt- und Wohnungsplanung besonders die Lebensqualität für Kinder zu verbessern. Zum Beispiel: weniger Wohnsilos, kindgerechte Wohnungsgrundrisse, Gemeinschaftseinrichtungen und altersgruppengerechte Kinderspielplätze;
- die Eigeninitiative von Eltern zur Kinderbetreuung im Wege der Selbsthilfe verstärkt zu fördern;
- mehr Tagesmütter statt Schaffung neuer Krippenplätze;
- kein Abbau vorhandener Spiel- und Abenteuerplätze, keine Einschränkung vorhandener Sportanlagen, diese sind den örtlichen Anforderungen anzupassen;
- wohnungsnahe Grünflächen für Spiel und Sport;
- Einrichten von Nachbarschaftsschulen als Stadtteilkommunikationspunkt für Jugendarbeitsgruppen, Spielgruppen, Bürgervereine usw.. Hier könnten Jung und Alt zusammenfinden und gemeinsam etwas tun;
- Abbau der bürokratischen Hemmnisse beim Adoptionsrecht.

Kinder gehören in die Familie. Die Familie, die Ersatzfamilie oder der alleinerziehende Erwachsene ist für die gedeihliche Entwicklung eines Kindes ungleich besser als Kinder- oder Jugendheime.

Für psychisch Kranke und Behinderte muß der Abbau der großen Anstalten fortgeführt werden. Betreute Gruppenwohnungen und Tageskliniken können für eine beträchtliche Anzahl psychisch und mehrfach Behinderter eine humanere Umgebung bilden. Für körperlich Schwerstbehinderte und Rollstuhlfahrer müssen ausreichend Behindertenwohnungen und Rehabilitationseinrichtungen geschaffen werden. Auch die Schwerstbehinderten haben Anspruch auf Einzelzimmerunterbringung. Der Transportdienst für Rollstuhlfahrer und Schwerstbehinderte muß durch die Hilfsorganisationen im gesamten Stadtgebiet sichergestellt werden.

Kommunale Gesundheitspolitik hat ihren Schwerpunkt in der Krankenhausvorsorge. Durch die umfangreichen Krankenhausneu- bzw. -erweiterungsbauten der Vergangenheit hat Hamburg hier mittlerweile eine Überversorgung erreicht. Überdies ist die Verweildauer in den Krankenhäusern gemessen an internationalen Standards immer noch ungewöhnlich lang und muß reduziert werden. Aus beiden Gründen ist der kontinuierliche Abbau von Krankenhausbetten erforderlich. Dies sollte nicht durch gleichmäßigen Abbau an vielen Plätzen sondern sowohl aus ökonomischen Gründen als auch zur Aufrechterhaltung von Mindeststandards konzentriert durch Schließung ganzer Abteilungen und/oder Krankenhäuser erfolgen. Wegen der räumlichen Enge des Stadtstaates ist dies auch vertretbar und wird nicht zu unmutbaren Wegezeiten für Angehörige oder das Pflegepersonal führen.

12. Frau und Gesellschaft: Gleichberechtigung jetzt!

Eine offene Gesellschaft sollte eine spezifische Frauenpolitik schon überwunden haben. Doch die im Grundgesetz postulierte Gleichberechtigung ist noch lange nicht in allen Bereichen verwirklicht. Bestehende Diskriminierungen können nur abgebaut werden, wenn - abgesehen von den wenigen Frauen, die sich bereits in Gesellschaft und Politik durchgesetzt haben - gesellschaftspolitische Anstöße nachhaltig wirken.

Die Freien Demokraten werden sich auch weiter dafür einsetzen, daß Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. Eine Quotenregelung wird von der F.D.P. abgelehnt. Bei der Einstellung im öffentlichen Dienst darf nur die Qualifikation entscheiden. Frauen ist bei gleicher Qualifikation der Vorrang zu geben, um endlich auch in höheren Positionen ein Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern zu erreichen.

Den Frauen muß die Integration in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik weiter erleichtert werden. Deshalb treten wir für die Interessen von Frauen ein:

- Die neuen Technologien müssen auch Frauen offenstehen. Dazu sind bereits Ausbildungsprogramme in den Schulen und Weiterbildungsprogramme speziell für Frauen einzurichten und zu fördern, um so eine stärkere Nutzung - auch durch Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Stadtteile - zu ermöglichen; und zwar unter Beachtung des notwendigen Schutzes und der Mitwirkungsrechte.
- Vermehrte Schaffung von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen und individuellere Arbeitszeitgestaltung.
- Erleichterung des Wiedereinstiegs von Frauen in das Berufsleben, z.B. durch gezielte Fortbildung (ohne Altersbegrenzung) sowie spezielle Arbeitsplatz- und Arbeitszeitangebote.
- Wir fordern ein Gesetz gegen die Diskriminierung der Frau in der Werbung, in den Medien und auf dem Arbeitsmarkt.
- Die Freien Demokraten sind strikt gegen jede Änderung des § 218 des Strafgesetzbuches. Seine Einhaltung ist auch in Hamburg zu garantieren.
- Die finanzielle und personelle Ausstattung von Frauenhäusern ist auch weiterhin sicherzustellen. Die soziale und psychologische Betreuung von Frauen ist auch nach dem Verlassen des Frauenhauses unerlässlich, um die Rückkehr in ein 'normales' Leben zu erleichtern.
- Institutionen, die der Partnerschaft- und Konfliktberatung dienen, sollten ihr Angebot erweitern.

13. Bildungspolitik: Allgemeine Ziele

Bildungspolitik hat für die Liberalen auch in Zukunft einen besonders hohen Stellenwert. Bildung ist Bürgerrecht und Aufstiegschance zugleich. In einer immer komplizierter werdenden Welt wird

immer mehr Ausbildung gefragt. Staatliche Bildungspolitik darf sich nicht in kurzfristigen Bedarfserwägungen erschöpfen, sondern muß den Menschen mit seinen unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen in den Mittelpunkt stellen. Die staatliche Bildungspolitik soll dem Ziel dienen, den Menschen - vor allem den jungen Menschen - zu schöpferischem Gebrauch der Freiheit und zu verantwortungsvollem Gebrauch seiner Rechte und Pflichten zu erziehen.

Eine moderne Bildungspolitik muß die Menschen befähigen, auf die Erfordernisse einer sich rasch verändernden Umwelt flexibel zu reagieren und sich den Herausforderungen des technischen Zeitalters zu stellen.

14. Schule: Für junge Menschen, nicht für verstaubte Ideologien

Die Schule muß den jungen Menschen mit seinen unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen in den Mittelpunkt stellen. Sie muß bewußter als in der Vergangenheit seine Leistung fördern. Hier steht nicht nur formale Wissensvermittlung und Ausbildung im Vordergrund, sondern ebenso sind Erziehung zu Freiheit, Toleranz und Selbstverantwortung, zu Kreativität und demokratischem Verhalten liberale Bildungsziele.

Die Schule braucht den politisch engagierten Lehrer. Er muß sich aber des Unterschiedes zwischen politischem Engagement und politischer Indoktrination bewußt sein. Dieses kritische Bewußtsein muß insbesondere vom Schulsenator gefordert werden. Ein Schulsenator, der die ihm dienstlich unterstellten Lehrer und die der Schulpflicht unterliegenden Schüler mit seinen politischen Ansichten bedrängt, mißbraucht sein Amt.

Aus allgemeinen bildungspolitischen Gründen lehnen wir eine Verkürzung der Schulzeit wegen der Verlängerung der Wehrpflicht ab. Das Problem langer Wartezeiten nach der Schulausbildung ist vielmehr durch eine flexiblere Organisation des Wehrdienstes zu lösen.

Unabhängig von unterschiedlichen Meinungen über einzelne Unterrichtsformen, Unterrichtsinhalte und Fächergewichtungen sollte die Schule den ihr anvertrauten jungen Leuten jedenfalls eine solide Allgemeinbildung vermitteln und auf die Arbeitswelt vorbereiten. Angesichts der unaufhaltsamen, tiefgreifenden technischen Entwicklungen ist es notwendig, bereits die Heranwachsenden zum Beispiel an die Nutzung moderner Informationstechniken heranzuführen; sie sollen sich dabei der Chancen und Risiken neuer Technologien bewußt werden können.

In der jahrelang geführten Auseinandersetzung über die Gesamtschule und das gegliederte Schulwesen hat sich weder in der wissenschaftlichen Diskussion noch in der Akzeptanz durch die Eltern und Schüler eine Schulform durchgesetzt. Beide Formen haben ihre spezifischen Vorzüge. Es kann und darf daher nicht Aufgabe des Staates sein, der Bevölkerung die eine oder andere Form mehr oder weniger aufzuzwingen, wie dies die Politik des Hamburger Senats ist. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist das hamburgische Schulgesetz, soweit es die Entwicklung des Schulsystems in Richtung Gesamtschule festlegt, zu ändern.

Der Rückgang der Schülerzahlen bietet die Möglichkeit, die Klassenstärken herabzusetzen. Dadurch können Schulschließungen nicht vermieden werden. Schulschließungen können nicht von der ja auch durch viele Zufälligkeiten beeinflussten Entscheidung der Eltern eines Jahrganges abhängen. Schulschließungen sind von der Behörde unter frühzeitiger Beteiligung der Betroffenen und der bezirklichen Gremien nach folgenden Kriterien zu entscheiden: demographische Entwicklung, funktionsgerechte Größe, regionale Versorgung, Erreichbarkeit, Bausubstanz und Ausstattung, Erhaltung von Schulen mit besonderen Schwerpunkten.

Der Beschäftigung arbeitsloser Lehrer müssen besondere, auch unkonventionelle Bemühungen gelten. Die Einstellung neuer Lehrer muß, wenn nicht anders möglich, auf der Basis von Teilzeitverträgen (Drei-Viertel- oder Zwei-Drittel-Zeit) erfolgen. Angebote zum Übergang auf Teilzeit für fest eingestellte Lehrer sollten weiterentwickelt werden, desgleichen Angebote für unterrichtsfreie Jahre. Alle diese Maßnahmen sind kostenneutral durchzuführen.

Es ist in Zukunft sicherzustellen, daß an allen Schularten, besonders an Gymnasien, Sonderschulen und Berufsschulen, nur für diese Schulen qualifizierte Lehrer unterrichten. Unter Umständen muß bei Versetzungen an diese Schulen die Möglichkeit einer Nachqualifikation angeboten werden.

Die Eigenverantwortung der einzelnen Schule muß durch Verlagerung von Kompetenzen und Abbau von Reglementierungen gestärkt werden. Dadurch kann der aufgeblähte Verwaltungsapparat der Schulbehörde reduziert werden. Die Anzahl der Oberschulräte ist drastisch zu verringern; die verbleibenden Oberschulräte sollen in regelmäßigem Turnus praktische Schulerfahrung gewinnen.

Um dem technischen Wandel gerecht werden zu können, muß die Ausstattung unserer bewährten Berufsschulen ständig auf modernem Stand gehalten und die Aus- und Weiterbildung der Lehrer gefördert werden. In Einzelfällen sollte überprüft werden, ob das - im Grundsatz beizubehaltende - System des Blockunterrichts besser an die spezifischen Verhältnisse der betroffenen Branche anzupassen ist; dies dient nicht nur den auszubildenden Betrieben, sondern verbessert auch die Ausbildung selbst.

15. Wissenschaft und Hochschulen: Abbau des Bürokratismus

Wissenschaft, Forschung und neue Technologien sind Motoren der Entwicklung Hamburgs und der notwendigen Umstrukturierung seiner Wirtschaft. Aufgabe liberaler Wissenschafts- und Technologiepolitik ist es, dem Prozeß der Erneuerung Ziele zu setzen, die Leistungsfähigkeit der Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu stärken und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Entwicklung zu steuern.

Sozialdemokraten sind Bürokraten. Deshalb leiden Hochschulen in Hamburg ganz besonders unter schwerfälligen Entscheidungsprozessen. Erstklassige Hochschullehrer wandern aus Hamburg ab. Die Studenten und das Lehrpersonal müssen unter zum Teil unzumutbaren Arbeitsbedingungen arbeiten. Für die Zukunft wichtige Fächer - wie zum Beispiel Informatik, Biotechnik und die Fächer, die die

Probleme des pazifischen Raumes erforschen - werden nicht hinreichend gefördert.

Lehre und Forschung dürfen nicht durch Bürokratismus gelähmt und durch falsch angesetzte Sparmaßnahmen gefährdet werden. In Fächern, in denen die Zahl der Studenten weiter anwächst, ist das notwendige zusätzliche Lehrmittel- und Lehrangebot bereitzustellen. Um die Forschung auch in Zukunft zu sichern, muß dem heutigen wissenschaftlichen Nachwuchs ein Minimum von Anstellungschancen eröffnet werden. Wegen der langfristig geringer werdenden Studentenzahlen sind allerdings schon jetzt Planstellen in der Verwaltung und in einigen Lehrbereichen abzubauen. Spitzenbedarfe können zum Beispiel vielfach auch durch Einsatz von Lehrern im Rahmen von deren Unterrichtskontingenten abgedeckt werden. Der Anteil der Frauen an Personal in Lehre und Forschung, besonders bei den Professoren, ist erheblich zu vergrößern.

Die Durchführung eines ausreichenden Breitensportprogrammes ist sicherzustellen.

Die Universität der Bundeswehr ist auf längere Sicht in den öffentlichen Hochschulbereich zu integrieren; kurzfristig sind dort freistehende Kapazitäten für zivile Studenten zu öffnen. Die Hochbegabtenförderung an den Hochschulen ist zu verbessern.

Entgegen dem ständigen Drängen und Fordern der F.D.P. wurde der Aufbau der Technischen Universität Hamburg-Harburg viel zu spät begonnen. Hier besteht jetzt ein erheblicher Nachholbedarf in allen Bereichen. Die F.D.P. mißt dieser praxisorientierten Lehr- und Forschungsstätte eine wesentliche Rolle im Transfer neuer Technologien in die Hamburger Wirtschaft zu. Für die Technische Universität, aber auch für die übrigen Hamburger Hochschulen, gilt: Der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis muß nachhaltig gefördert werden; Kontaktstudien, der Austausch von Personal sowie die Einrichtung von Gründerwerkstätten und gemeinsamen Datensammlungen dienen den Hochschulen wie der Wirtschaft.

Die Hochschulen müssen auch dem lebenslangen Lernen der Bürger dienen. Universitätslehrprogramme mit der Möglichkeit eines Abschlusses sind für Berufstätige ohne beschränkende Fristen anzubieten.

Die demokratischen Rechte des einzelnen Studenten in den Organen der verfaßten Studentenschaft sind zu stärken. Es gilt, den Vorschriften des Hochschulgesetzes - gleiche und geheime Verhältniswahl - endlich Geltung zu verschaffen. Die Wahlen zu den Gremien der Studentenschaft sollen zusammen mit den Wahlen zu den akademischen Gremien als Briefwahl durchgeführt werden.

16. Liberale Kulturpolitik: Mehr künstlerische Freiheit zurückgewinnen

Kultur und Kunst haben wesentliche Wirkung auf das geistige und menschliche 'Klima' einer Gesellschaft. Für Liberale steht der Einzelne, dessen Interesse, Kreativität und Initiative des Schutzes und der Förderung bedürfen, im Mittelpunkt kulturpolitischen Handelns. Künstlerischer Wettstreit um ein Höchstmaß von Können und Werkqualität, um schöpferische Erneuerung und Verän-

derung, um kritische Reflektion von Kunst ist eine Grundvoraussetzung liberaler Kunst- und Kulturpolitik.

Hamburgisches kulturelles Leben schließt für Liberale Pflege und Neuinterpretation von Traditionen ebenso ein wie die Avantgarde und die Entwicklung und Entdeckung neuer Formen von künstlerischer Aussage.

Für die Beurteilung künstlerischer Qualitäten gilt - sofern Auftragsvergaben der öffentlichen Hand in Rede stehen - für Liberale der Grundsatz: Politisch unabhängige, aber künstlerisch qualifizierte Gremien oder Individuen, auf Zeit mit dieser Aufgabe betraut, treffen die künstlerischen Entscheidungen im kulturpolitischen Bereich.

Dieser Grundsatz hat sich in Hamburg in der darstellenden Kunst viele Jahre bewährt (Theater und Oper), bedarf aber in vielen anderen Bereichen Hamburger Kulturpolitik einer sehr viel stärkeren Ausgestaltung als bisher, so zum Beispiel in der Filmförderung, bei der Verleihung von Kunstpreisen, bei der Vergabe von Aufträgen von Kunst im öffentlichen Raum und insbesondere bei der Gestaltung von Bauten, die für öffentliche Aufgaben oder auf öffentlichen Grundstücken errichtet werden.

Kulturpolitik in Hamburg heißt aber auch, eine bessere Lebensumwelt für den Bürger in einer menschlichen Stadtgesellschaft zu schaffen. Das stellt an Stadtplaner und Architekten die Forderung nach bürgerfreundlichen Planungen auch bei Neubauten. Hohe künstlerische Qualität hat in jedem Bereich ihren Preis, der zu begründen ist mit der Metropolfunktion Hamburgs.

Die Theater müssen kulturelle Kontinuität herstellen, jedoch gleichfalls im gesellschaftlichen Wandel neue Formen präsentieren. Sie sind gehalten, für jede Inszenierung Produktionskosten-Nachweise zu erbringen. Liberale Kulturpolitik will neben den Staatstheatern dem ganzen Spektrum des Theater- und Musiklebens (zum Beispiel Kinder- und Jugendtheater, Jugendkonzerte, freie Theatergruppen, Boulevard-Theater, Spielmöglichkeiten für Wanderbühnen usw.) Darstellungsmöglichkeiten geben.

Kulturpolitik in Hamburg bedeutet auch, eine bessere Lebensumwelt für den Bürger in einer menschlichen Stadtgesellschaft zu schaffen. Das stellt an Stadtplaner und Architekten die Forderung nach bürgerfreundlichen Planungen auch bei Neubauten. Hohe künstlerische Qualität hat in jedem Bereich ihren Preis, der zu begründen ist mit der Metropolfunktion Hamburgs.

In der Museumspolitik gilt es, liberale Ansätze fortzuführen. Die Museumspädagogik soll in ihrer Struktur erhalten bleiben. Nach der baulichen Heilung der Museen gilt es nun, die Sammlungen zu vervollständigen und neue Sammlungen vorzubereiten. Es müssen rechtzeitig und mit Perspektive für die künftigen Jahre Objekte gesichert werden für:

- eine Sammlung der Verkehrsgeschichte (Hamburg als Verkehrsknotenpunkt),
- eine Sammlung der Mediengeschichte und
- eine Sammlung für Kunst und Design des 20. Jahrhunderts.

Bei diesen Vorhaben ist der privaten Kulturförderung hoher Rang einzuräumen - konkret durch Erleichterung im Steuer- und Stiftungsrecht.

Jede Stadt lebt mit dem Erbe der auf sie überkommenden Bausubstanz. Das Stadtbild ist immer auch geschichtsgeprägt. Baudenkmäler sind vor Verunstaltung und Abriß zu schützen. Wir fordern daher eine schnellere, bessere und strengere Handhabung der Denkmalschutzbestimmungen. Für eine effektive Denkmalpflege sind die bislang zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel unzureichend. Mehr Beachtung für Kultur und Kunst soll inner- und außerhalb Hamburgs durch verschiedene Festivals gefördert werden, zum Beispiel durch eine Architekten-Ausstellung, durch in regelmäßigen Abständen durchzuführende Kolloquien über Musik, Literatur und Malerei in Nordeuropa und ähnliche Veranstaltungen. Sie sollten durch Kunstpreise und Nachwuchsstipendien ergänzt werden.

Hamburgs Kulturetat ist im Verhältnis zu anderen Großstädten bescheiden. Liberale werden sich für eine Steigerung des Kulturetats einsetzen. Angesichts leerer Haushaltskassen kann aber auch auf eine gerechtere Verteilung der Subventionen, eine Effektivierung der Kulturverwaltung und ggf. auch auf eine Streichung einzelner Etatposten nicht verzichtet werden. Das krasse Mißverhältnis zwischen der Förderung einiger Vorzeigeobjekte (Staatsoper, Staatstheater) und der Museen, der Ausstellungen, des Denkmalschutzes, der Stadt- und Industriearchäologie sowie der freien Künstler muß abgebaut werden. Die fruchtbare Lebendigkeit des kulturellen Lebens (und damit letztlich auch die kulturelle und soziale Attraktivität wie auch das Image von Hamburg) wird nicht nur durch einzelne bevorzugte Sparten wie die Staatstheater allein bewirkt.

17. Minderheiten: Mitbürger unserer Stadt

Minderheiten machen unsere Gesellschaft reicher.

Wir halten nichts von Eintönigkeit und Gleichmacherei. Daher ist die gesellschaftliche und kulturelle Identität von Minderheiten zu schützen, um damit gleichzeitig Vielfalt in unserer Umgebung zu gewährleisten.

Nicht Ablehnung oder Diskriminierung, sondern Verständnis und Toleranz im Rahmen unserer Rechtsordnung bestimmen unser Verhalten gegenüber denen, die ihr Leben außerhalb überkommener Traditionen gestalten wollen und müssen.

Die Achtung vor den Menschenrechten muß Grundlage allen Verwaltungshandelns sein, auch und gerade dann, wenn es um Angehörige von Gruppierungen geht, die nach überlieferter Betrachtungsweise am Rande unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens einzuordnen wären.

Die F.D.P. läßt nicht nach ihrem Bemühen, einen schnellen und wirksamen Abbau von direkten und indirekten Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Rasse, des Familienstandes oder wegen einer von der Norm abweichenden sexuellen Veranlagung zu schaffen.

Wir respektieren politische und religiöse Minderheiten. Die liberale Toleranz hört erst dort auf - muß allerdings dort aufhören - wo Extremisten die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Gedanken der Völkerverständigung oder die allgemeinen Gesetze bekämpfen.

In Hamburg leben ca. 160.000 Ausländer. Diese Menschen sind zum größten Teil in unsere Stadt gekommen, weil sie als Arbeitskräfte benötigt wurden. Andere sind bei uns, weil sie in ihren Heimatstaaten verfolgt wurden und deshalb von dem vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gewährleisteten Asylrecht Gebrauch machen.

Die Mitbürger unserer Stadt müssen sich im kulturellen Leben wiederfinden können, damit sie die Chance haben, ihre kulturelle Identität zu bewahren, wenn sie dies wollen.

Wir setzen uns für eine umfassende Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeit für Ausländer ein. Ziel ist die Schaffung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer, zumindest in einer ersten Stufe für Angehörige von Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Nach dem Vorbild des Bundes und des Landes Berlin fordert die F.D.P. auch für Hamburg eine(n) Ausländerbeauftragte(n) des Senats.

Ein menschlicher Umgang mit Ausländern gehört nicht nur zur Kultur im engeren Sinne, sondern auch zur politischen Kultur.

18. Bürger und Staat: Freiheitsräume bewahren und ausbauen, demokratische Mitsprache vergrößern

Die F.D.P. setzt sich für die größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen und für die Wahrung der menschlichen Würde ein. Liberale gehen von dem Grundsatz aus: So wenig Staat wie möglich, soviel Staat wie nötig. Der Staat muß aber stark genug sein, jederzeit den Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte zu gewährleisten. Der Schutz der Privatssphäre des einzelnen Bürgers muß, insbesondere soweit er durch neue Entwicklungen der Technik gefährdet ist, garantiert und verbessert werden.

Die F.D.P. fordert zur Sicherung der Unabhängigkeit des Datenschutzbefragten dessen Berufung durch die Bürgerschaft auf acht Jahre. Zum Schutz des Bürgers vor einer Ausweitung von Kontrollen und Überwachungen durch die Datenverarbeitung muß das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärker beachtet und umgesetzt werden. Dazu sind die Gebote der Notwendigkeit, der Verhältnismäßigkeit und der Zweckgebundenheit in der Datenverarbeitung unbedingt einzuhalten. Außerdem ist die Stellung des Datenschutzbefragten zu verbessern.

Die F.D.P. wendet sich gegen alle Versuche, bewährte Elemente der Hamburger Verfassungsordnung und damit demokratische Mitwirkungsrechte der Bürger zugunsten einer vermeintlich größeren Effektivität der Senatsarbeit aufzugeben. Ein kostengünstigeres, unbürokratischeres und effizienteres Verwaltungshandeln scheitert nicht an dem bestehenden Verfassungsrahmen, sondern an dem mangelnden politischen Willen des SPD-Senats, aufgezeigte Verbesserungsmöglichkeiten umzusetzen (zum Beispiel Bericht der "Haas-Kommission" von 1981).

Die Hamburger F.D.P. befürwortet dagegen eine Reform der Verfassung, die auf mehr und nicht auf weniger Demokratie abzielt. So fordert sie für Hamburg die Einführung des Volksbegehrens, damit die Bürger auch zwischen den Wahlen Einfluß auf wichtige politische Entscheidungen des Staates nehmen können.

Die F.D.P. fordert eine Wahlrechtsreform für die Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen. Sie will jedem Wähler die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Reihenfolge der Kandidatenliste derjenigen Partei einräumen, der er seine Stimme gibt. Dies würde schöpferische Unruhe und Belebung in die teilweise verkrusteten und bürgerfernen Parteistrukturen bringen.

Für die Zumessung der Mandate muß das System von d'Hondt wie im Deutschen Bundestag durch das System von Hare/Niemeyer ersetzt werden.

19. Sport: Ohne staatliche Bevormundung

Der Sport kann und soll dem Menschen helfen, sein physisches und psychisches Wohlbefinden zu stärken, seine Gesundheit und Lebensfreude zu erhalten, sich gesellschaftlich leichter zu integrieren, seine Freizeit sinnvoll zu gestalten, faire Verhaltensweisen zu entwickeln. Der Sport erfüllt damit eine wichtige Funktion in unserer Gesellschaft.

Neben den Vereinen kommt deshalb dem Staat die Aufgabe zu, den Schul-, Jugend- und Freizeitsport sowie den Breiten- und Leistungssport zu fördern - ausgenommen der Berufssport.

Der Breitensport wird entscheidend vom Engagement der ehrenamtlichen Helfer getragen. Diese privaten Initiativen bedürfen aber der staatlichen Unterstützung durch:

- Bereitstellung von Sportstätten;
- eine bessere Organisation der Mehrfachnutzung von Sportstätten durch Schulen, Sportvereine und Freizeitsportler;
- eine verstärkte Förderung des Behindertensports, insbesondere durch eine behindertengerechte Gestaltung der Sportanlagen;
- eine Anpassung der Technischen Anleitung Lärm an die Erfordernisse des Sports.

20. Medienpolitik: Schluß mit der staatlichen Bevormundung

Hamburg ist ein wichtiger Medienplatz. Rund 30.000 Menschen sind bei Presse, Rundfunk, Film und anderen Medien in unserer Stadt beschäftigt. Bemühungen, die Stellung Hamburgs als Medienplatz auszubauen, insbesondere auch im Hinblick auf Neue Medien, werden von der F.D.P. unterstützt. Medien machen Meinungen. In einer freiheitlichen Demokratie sind Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit und Informationsfreiheit besonders wichtige Grundrechte jedes Einzelnen. Die F.D.P. wendet sich daher gegen

jede staatliche Bevormundung des Bürgers bei seiner Meinungsbildung. Der Bürger selbst soll entscheiden, was er lesen, sehen und hören will. Nur dieses liberale Grundverständnis entspricht dem mündigen Bürger. Es ist nicht Aufgabe des Staates - über die Bestimmungen des Strafrechtes und des Jugendschutzes hinaus - Geschmackszensur zu betreiben.

Das von der Fraktion der SPD verabschiedete hamburgische Mediengesetz erfüllt die Voraussetzungen nicht und muß daher geändert werden. Nach Auffassung der F.D.P. hat der Landesgesetzgeber kein Recht, bei der Einspeisung von Sendungen in Wohneinheiten und Einrichtungen mitzureden. Auch dem Hotelier darf keine Stelle vorschreiben, welche Anforderungen die Filme zu genügen haben, die er über seine hauseigene Kabelanlage seinen Gästen anbietet.

Weil das Mediengesetz auch keine professionellen Medienunternehmer als Anbieter für den lokalen Rundfunk zuläßt, würde es einen professionellen Rundfunk auf lokaler Ebene nicht geben. Hörfunk auf lokaler Ebene aber ist für die Erfüllung des Informationsbedürfnisses der Bürger von großer Bedeutung. Abzuschaffen ist auch die "Kabelabgabe", die nach dem genannten Gesetz alle an die Kabelanlage der Bundespost angeschlossenen Teilnehmer an die neu gegründete Hamburgische Anstalt für Neue Medien abzuführen haben.

Der Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalt NDR darf dadurch nicht angetastet werden.

21. Innere Sicherheit: Mehr Vertrauen schaffen,

Die hohe Zahl der Verbrechen und Vergehen in Hamburg verunsichert die Bürger und zwar nicht nur ältere Menschen. Zur Freiheit des Bürgers gehört aber auch, daß er sich ohne Furcht zu jeder Zeit in seiner Stadt frei bewegen kann.

Die F.D.P. fordert als kurzfristige Maßnahmen mehr Fußstreifen (Kontaktbeamte) in den Bezirken, Verstärkung der Überwachung der öffentlichen Verkehrsmittel, Vermehrung der Funkstreifen und mobile Sprechstunden der Polizei in den Bezirken zu Lasten der überbürokratischen Einrichtungen. Kriminalpolizeiliche Ermittlungen sind Spezialarbeit und brauchen daher im Stadtgebiet nicht regionalisiert werden, sondern nur in den Bereichen, in denen die Orts- und Milieukennntnis besondere Ermittlungsvorteile bietet, wie etwa in St. Georg und St. Pauli. Die kriminalpolitische Zusammenarbeit mit den Polizeidienststellen der Stadtrandgemeinden sollte staatsvertraglich im Sinne einer einheitlichen Zusammenarbeit organisiert werden.

Die freiwilligen Hilfsorganisationen und die Freiwillige Feuerwehr müssen auch in Hamburg effektiver als bisher im Rahmen des Brandschutzes, des Katastrophenschutzes und des Krankentransportes eingesetzt werden. Die Brandverhütungsschau darf in den Bereichen Hochhausbau, Freizeiteinrichtungen, Warenhäuser, Gaststätten und Hotelgewerbe nicht vernachlässigt werden.

22. Justiz: Überlastung verringern

Recht kann nicht am Fließband gesprochen werden. Jeder einzelne Kläger und Beklagte hat im Rechtsstaat einen Anspruch auf eine sachgemäße Prüfung seines Falles. Andererseits dürfen Gerichtsentscheidungen aber nicht übermäßig lange auf sich warten lassen. Die F.D.P. fordert deshalb eine angemessene Ausstattung der Gerichte mit Personal und Sachmitteln, aber auch mehr Effektivität durch eine bessere Organisation und gesteigerten Einsatz moderner Techniken insbesondere im Bereich der Geschäftsstellen.

Der Strafvollzug in den Justizvollzugsanstalten hat davon auszugehen, daß auch der Strafgefangene menschenwürdig zu behandeln ist und sein Leben und seine Gesundheit zu schützen sind. Insbesondere ist der Schutz vor Drogengefährdung und Gewalt zu verstärken wie auch die psychologische Betreuung. Dies steht nicht im Widerspruch zu Maßnahmen der Sicherheit, welche die Flucht von Strafgefangenen aus der Haft verhindern müssen. An dieser Sicherheit hat es in Hamburg bislang gefehlt. Die medizinische Betreuung der Untersuchungs- und Vollzugshäftlinge ist durch einen organisatorischen Verbund und Unterstellung unter die ärztliche Leitung des Hafenkrankehauses sicherzustellen.

Wichtig ist aber auch, daß das Rechtsbewußtsein in Hamburg geschärft wird. Hierfür ist eine Ausweitung des Rechtskundeunterrichts an Schulen dienlich.

Alle Teile der Justiz sollten unter einer einheitlichen Verwaltung stehen. Die Verbindung der Arbeits- und Sozialgerichte mit der Arbeits- und Sozialbehörde sollte daher aufgegeben werden. Auch sie sind der Justizbehörde zu unterstellen.

23. Bezirke: Verantwortung stärken

Hamburg ist verfassungsrechtlich eine Einheitsgemeinde, bei der die staatlichen und gemeindlichen Aufgaben nicht getrennt werden. Dennoch muß der Bürger an der Verwaltung in seinem unmittelbaren Lebenskreis mitwirken können. Die Aufgabentrennung zwischen Fachbehörden und Bezirken ist dabei klar und eindeutig zu regeln. Ziele sind dabei:

- Die Bürgernähe und
- die Effektivität der Verwaltung durch Anordnung der Entscheidungsbefugnisse möglichst dicht am Bürger.

Dafür sollen die Mitspracherechte der Bezirke künftig weiter ausgebaut werden:

- Die Entscheidung bei Bebauungsplänen von regionaler Bedeutung und Mitentscheidung bei der Programmplanung,
- die Verwaltung und Überplanung im Grün- und Forstbereich,
- die Durchführung von Stadtentwicklungs- und -erneuerungsmaßnahmen,
- bei Kinder- und Jugendheimen,

- bei Einrichtungen der Offenen Altenhilfe,
- in der Stadtteilkultur,
- die Aufgaben des Milieuschutzes einschließlich des entsprechenden Satzungsrechtes und
- die Verfügung über Haushaltsmittel in der Form von Globalmitteln.

Die Arbeit der Bezirksversammlungen muß der Öffentlichkeit noch stärker zugänglich gemacht werden als bisher: Dazu könnten öffentliche Sitzungen ihrer Ausschüsse - also nicht nur solche der Regionalzusammenschlüsse - dienen.

Die Bezirks- und Ortsämter sollen einmal wöchentlich bis 21.00 Uhr geöffnet haben.

Die Stellung der Wirtschaftsförderungsbeauftragten in den Bezirken ist zu stärken, um Existenzgründungen und Bestandspflege insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern.

24. Hamburg und sein Umland: Statt Konfrontation mehr Kooperation

Gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik wie aber auch bei der Lösung der Umweltprobleme stößt Hamburg auf Grenzen seiner Stadtstaatlichkeit. Die Reaktion hierauf erfordert in jedem Fall eine gedeihliche Zusammenarbeit der norddeutschen Länder, für die Hamburg als die natürliche Metropole Norddeutschlands die Initiative ergreifen sollte. Dies gilt kurz- und langfristig.

Kurzfristig heißt dies, eine Politik zu betreiben, bei der legitime Interessen des Partners so ernst genommen werden wie eigene Interessen. Es muß auch die kleinliche Politik einer Aufrechnung tatsächlicher und angeblicher Vorteile für die Region aus hamburgischen Handeln aufgeben, da sich Vor- und Nachteile in Wahrheit gegenseitig aufheben.

Herausgeber:
Freie Demokratische Partei, Landesverband Hamburg
Paul-Neumann-Platz 5, 2000 Hamburg 50, Telefon 39 13 25

Verlag:
Wirtschafts- und Sozialpolitik-Verlags-Gesellschaft m.b.H.
Eschelsweg 4, 2000 Hamburg 50, Telefon 38 75 82

Druck:
d & w Gesellschaft für Druck und Werbung mbH.,
Russeer Weg 132, 2300 Kiel 1, Tel.: 0431/52 45 61